

Kleine Anfrage

der Abg. Petra Krebs GRÜNE

und

Antwort

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Gefahren durch die rechtsesoterische „Germanische Neue Medizin“ in Baden-Württemberg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die „Germanische Neue Medizin“ in politischer, gesellschaftlicher und medizinischer Hinsicht ein?
2. Wie viele Veranstaltungen zur „Germanischen Neuen Medizin“ haben in den letzten fünf Jahren nach ihrer Kenntnis in Baden-Württemberg stattgefunden (bitte jeweils mit Angabe von Datum, Ort, Veranstalter, Titel oder Thema der Veranstaltung und Anzahl der Teilnehmenden)?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu solchen Veranstaltungen in einem Gasthof im Bereich Wangen (Landkreis Ravensburg) vor?
4. Welche Veranstaltungen mit extremistischen Bezügen haben in den letzten fünf Jahren in einem Gasthof im Bereich Wangen (Landkreis Ravensburg) stattgefunden (bitte jeweils mit Angabe von Datum, Veranstalter, Titel oder Thema der Veranstaltung und Anzahl der Teilnehmenden)?
5. Ist die „Germanische Neue Medizin“ in Baden-Württemberg Gegenstand der Beobachtung durch das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg?
6. Welche Kontakte und Verbindungen bestehen zwischen der „Germanischen Neuen Medizin“ und der rechtsextremistischen, staatsdelegitimierenden und reichsideologischen Szene in Baden-Württemberg?
7. Wie viele Personen in Baden-Württemberg werden der Anhängerschaft der „Germanischen Neuen Medizin“ aktuell zugerechnet?
8. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, inwiefern Menschen in Baden-Württemberg durch die Praktiken der „Germanischen Neuen Medizin“ gesundheitliche Schäden erlitten haben, wenn ja unter Angabe, welcher Art?

9. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob Menschen in Baden-Württemberg gegen ihren Willen nach Praktiken der „Germanischen Neuen Medizin“ behandelt wurden oder ob ihnen durch Anhängerinnen und Anhänger der „Germanischen Neuen Medizin“ der Zugang zu wissenschaftlich fundierten und evidenzbasierten Therapiemöglichkeiten verwehrt wurde?
10. Wie kann die Öffentlichkeit über die „Germanische Neue Medizin“ informiert und für die von ihr ausgehenden Gefahren sensibilisiert werden?

13.8.2025

Krebs GRÜNE

Begründung

Die „Germanische Neue Medizin“ ist eine rechtseroterische Pseudomedizin, die wissenschaftlich nicht fundiert ist und in eklatantem Widerspruch zu evidenzbasierter Medizin steht. Zahlreiche medizinische Fachgesellschaften sowie Institutionen der öffentlichen Gesundheit warnen eindringlich vor der Anwendung ihrer Praktiken, da sie nachweislich zu schweren gesundheitlichen Schäden bis hin zu Todesfällen führen können.

Diese Kleine Anfrage möchte klären, wie weit die „Germanische Neue Medizin“ in Baden-Württemberg verbreitet ist und welche Bezüge in die rechtsextremistische, staatsdelegitimierende und reichsideologische Szene sie aufweist.

Antwort

Mit Schreiben vom 5. September 2025 Nr. IM6-0141.5-721/3/1 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Wie schätzt die Landesregierung die „Germanische Neue Medizin“ in politischer, gesellschaftlicher und medizinischer Hinsicht ein?*

Zu 1.:

Die Geschäftsstelle der Interministeriellen Arbeitsgruppe für gefährliche religiös-weltanschauliche Angebote am Ministerium für Kultus, Jugend und Sport bewertet die „Germanische Neue Medizin“ als ein gefährliches weltanschauliches Angebot. Sie tritt mit dem pseudowissenschaftlichen Anspruch auf, Krankheiten auf vermeintlich einfache seelische Ursachen zurückzuführen, und kann dadurch insbesondere schwerkranke Menschen zum Abbruch notwendiger Therapien veranlassen, wodurch erhebliche Gesundheitsrisiken entstehen. Hinzu kommen sektenähnliche Strukturen, die stark auf die Autorität ihres Begründers ausgerichtet sind sowie antidemokratische, verschwörungsideologische und antisemitische Narrative.

2. *Wie viele Veranstaltungen zur „Germanischen Neuen Medizin“ haben in den letzten fünf Jahren nach ihrer Kenntnis in Baden-Württemberg stattgefunden (bitte jeweils mit Angabe von Datum, Ort, Veranstalter, Titel oder Thema der Veranstaltung und Anzahl der Teilnehmenden)?*
3. *Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu solchen Veranstaltungen in einem Gasthof im Bereich Wangen (Landkreis Ravensburg) vor?*
4. *Welche Veranstaltungen mit extremistischen Bezügen haben in den letzten fünf Jahren in einem Gasthof im Bereich Wangen (Landkreis Ravensburg) stattgefunden (bitte jeweils mit Angabe von Datum, Veranstalter, Titel oder Thema der Veranstaltung und Anzahl der Teilnehmenden)?*

5. Ist die „Germanische Neue Medizin“ in Baden-Württemberg Gegenstand der Beobachtung durch das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg?
6. Welche Kontakte und Verbindungen bestehen zwischen der „Germanischen Neuen Medizin“ und der rechtsextremistischen, staatsdelegitimierenden und reichsideologischen Szene in Baden-Württemberg?
7. Wie viele Personen in Baden-Württemberg werden der Anhängerschaft der „Germanischen Neuen Medizin“ aktuell zugerechnet?

Zu 2. bis 7.:

Die Fragen 2 bis 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

In Baden-Württemberg existieren nach Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) keine Organisationsstrukturen der Anhängerschaft der „Germanischen Neuen Medizin“ (GNM) mit Bestrebungscharakter gem. § 4 Abs. 1 LVSG. Eine systematische Beobachtung von Personen, die GNM unterstützen oder praktizieren, findet daher nicht statt.

Vor diesem Hintergrund werden Veranstaltungen mit Bezug zur GNM in Baden-Württemberg auch nicht systematisch durch das LfV erfasst. Im Zusammenhang mit extremistischen Mischszenen sind dem LfV einzelne Veranstaltungen bekannt geworden, die in dem erwähnten Gasthof im Landkreis Ravensburg stattgefunden haben. Einige dieser Veranstaltungen haben einen Bezug zur GNM.

Der fragliche Gasthof wurde im Juni 2023 von dem in Österreich gegründeten Verein „Tafelrunde – Verein zur Förderung der Gesunderhaltung von Mensch und Natur“ übernommen. Der Verein hat seither dort mindestens zehn Veranstaltungen organisiert bzw. die Infrastruktur für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Darunter sind vier Veranstaltungen, die explizit die GNM thematisieren. Bei mehreren Veranstaltungen des Vereins lassen sich teilweise extremistische Bezüge erkennen, zumeist ins Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie zur „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“. So wurde beispielsweise bei einer Veranstaltung die „Aufarbeitung des Coronaregimes“ thematisiert; eine Forderung, die in extremistischen Szenen oftmals mit der Delegitimierung staatlicher Verantwortungsträger einhergeht, was sich bereits an der Verwendung des Begriffs „Regime“ zeigt. Daneben sind Bezüge zur rechtsextremistischen „Anastasia-Bewegung“ (Verdachtsfall des Bundesamtes für Verfassungsschutz) und zu – teils extremistischen – alternativen Medien bekannt.

Die genauen Teilnehmerzahlen der Veranstaltungen in dem Gasthaus im Landkreis Ravensburg sind dem LfV nicht bekannt. An den Veranstaltungen des Vereins „Tafelrunde“ nahmen aber sowohl Personen teil, die bislang nicht als Extremisten aufgefallen sind, als auch einzelne Personen, die das LfV dem Rechtsextremismus, dem Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ oder dem Spektrum der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ zurechnet.

Problematisch an der GNM sind aus Sicht des LfV vor allem die Gesundheitsgefahren für Personen, die sich dieser Lehre zuwenden. Die GNM ist als Ideologie zudem dazu geeignet, Antisemitismus in der Gesellschaft zu verbreiten – auch, da die Inhalte der GNM sehr anschlussfähig an andere Extremismusbereiche sind. Damit ist eine Vernetzung unterschiedlicher extremistischer Akteure denkbar: Sie könnten über den geteilten Antisemitismus, den Glauben an Verschwörungserzählungen oder ihre Skepsis gegenüber evidenzbasierter Medizin in Kontakt kommen und sich vernetzen.

8. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, inwiefern Menschen in Baden-Württemberg durch die Praktiken der „Germanischen Neuen Medizin“ gesundheitliche Schäden erlitten haben, wenn ja unter Angabe, welcher Art?

9. *Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob Menschen in Baden-Württemberg gegen ihren Willen nach Praktiken der „Germanischen Neuen Medizin“ behandelt wurden oder ob ihnen durch Anhängerinnen und Anhänger der „Germanischen Neuen Medizin“ der Zugang zu wissenschaftlich fundierten und evidenzbasierten Therapiemöglichkeiten verwehrt wurde?*

Zu 8. und 9.:

Die Fragen 8 und 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Aufgrund der Kürze der Zeit konnte keine Abfrage bei den Gesundheitsämtern erfolgen. Der Landesregierung selbst sind in den letzten fünf Jahren keine Vorgänge zu diesem Thema bekannt geworden. Grundsätzlich kann „Jedermann“ Ärztinnen und Ärzte, die „Germanische Neue Medizin“ praktizieren, bei der Landesärztekammer Baden-Württemberg melden, die das Handeln der Ärztinnen und Ärzte berufsrechtlich prüfen kann. Daneben kann auch das Regierungspräsidium Stuttgart – Landesprüfungsamt – eingeschaltet werden, dass über einen möglichen Entzug der Approbation zu entscheiden hat. Daneben kann sich „Jedermann“ mit Beschwerden über Heilpraktiker/-innen bei den Gesundheitsämtern melden. Wenn ein Gesundheitsamt eine unerlaubte Ausübung von Heilkunde feststellt, kann es die Staatsanwaltschaft kontaktieren, da dies eine strafbare Handlung ist. Des Weiteren liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellungen vor.

10. *Wie kann die Öffentlichkeit über die „Germanische Neue Medizin“ informiert und für die von ihr ausgehenden Gefahren sensibilisiert werden?*

Zu 10.:

Aus Sicht der Geschäftsstelle der Interministeriellen Arbeitsgruppe für gefährliche religiös-weltanschauliche Angebote ist es von zentraler Bedeutung, die Öffentlichkeit niedrigschwellig über die GNM, die von ihr ausgehenden Gefahren sowie Überschneidungen mit demokratiefeindlichen Milieus zu informieren. Dies geschieht unter anderem über den Internetauftritt *beware-bw.de* sowie über das Bürgertelefon der Geschäftsstelle, das Ratsuchenden direkte Auskunft und Beratung bietet. Auch das LfV sensibilisiert fortlaufend im Rahmen seiner Zuständigkeit in seinen Veröffentlichungen für die Gefahren des Antisemitismus, der auch die GNM durchzieht. Ausführlich wird über Antisemitismus beispielsweise im jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht oder in Beiträgen und Kurzstudien auf der Homepage des LfV berichtet. Auf diese Weise können sowohl die gesundheitlichen Risiken als auch die weltanschaulichen Hintergründe der GNM verständlich dargestellt und Betroffene wie Angehörige frühzeitig sensibilisiert werden. Darüber hinaus steht Bürgerinnen und Bürgern im Land insbesondere die Beratungsstelle Zebra-BW unterstützend und beratend zur Seite. Fragen zu Phänomenen rechtsextremer Gruppierungen in Baden-Württemberg können an die mobile Beratungsstelle mobirex des Demokratiezentrum Baden-Württemberg gestellt werden. Die kostenfreie Beratung steht grundsätzlich jedem Bürger offen.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen